

Leipziger Tageblatt

und

Anzeiger.

N^o 293.

Montag, den 20. October.

1845.

Bekanntmachung.

Alle diejenigen, welche im Laufe jetzigen Jahres das Bürgerrecht oder den hiesigen Schutz erlangt haben, ohne noch der resp. ihnen Seiten des Stadtraths gewordenen Weisung, bei uns zum Eintritte in die Communalgarde sich zu melden, nachgekommen zu sein, werden hiermit aufgefordert,

nächsten Montag den 20. d. M., Nachmittags 5 Uhr, im Bureau des Ausschusses

in der ersten Etage des Gebäudes der alten Waage

sich persönlich zum Eintritte in die Communalgarde zu melden und den erforderlichen Handschlag zu leisten.

Etwalige Reclamationen gegen diesen Eintritt aber sind unter gesetzlicher Begründung vor obbemerktem Tage in den gewöhnlichen Expeditionsstunden bei dem mitunterzeichneten Protocollanten anzubringen.

Die Außenbleibenden haben sich weiterer gesetzlicher Maßnehmung zu gewärtigen.

Leipzig, den 13. October 1845.

Der Communalgarden-Ausschuss.

G. Haase, Commandant.

E. Hermsdorf, Prot.

Vom Landtage.

(Schluß der Mittheilung über die Freitagssitzung.)

Boß vertief sich in seiner längeren Rede hauptsächlich auf die Volksstimme. Heuberer: die Völker hätten verschiedene Bildung; im sächsischen Volke herrsche mehr das Geistliche vor und hierauf habe die Regierung zu wenig gehalten. Eschcke machte der Regierung zu großen Conservatismus zum Vorwurf und veranlaßte durch eine Bemerkung über die Dauer der Verfassung den Staatsminister v. Beschau, den Wunsch auszusprechen: daß die Dauer derselben eine sehr lange sein möge. v. Sablenz: wenn man es reactionär nenne, daß die Regierung Ordnung aufrecht erhalte und Kräfte entwickle, daß sie Bestrebungen außerhalb der Verfassung einen Damm entgegensetze, so sei auch er reactionär. Unverkennbaren Eindruck machte die Rede von Georgi: die Mittheilung des Ministers habe ihn schmerzlich berührt, denn sei bis jetzt nur von einem Mißtrauen des Volkes die Rede gewesen, so habe er nun aus dem Exposé hören müssen, daß auch ein Mißtrauen der Regierung gegen das Volk herrsche und das Mißtrauen also ein gegenseitiges sei; das Ministerium habe gesagt, es gebe im Volke revolutionäre Tendenzen, diese gebe es jedoch in der That nicht. Minister v. Könneritz behauptete, jenen Vorwurf nicht gemacht zu haben; Georgi blieb jedoch dabei und suchte es durch Anführen einzelner Stellen des Exposé's zu beweisen. Claus stimmte ihm hierin bei; er hatte sich schon früher übrigens gegen das Ministerium ausgesprochen. Joseph fragte, wo denn das Streben nach Herrschaft Aller anzutreffen? Er habe einen solchen Vorwurf außer heute im Exposé auch schon früher in einem unter Verantwortlichkeit des Ministers des Innern erschienenen Documente gefunden, aber bis jetzt noch keinen Beleg dafür gehört; — wo und wer denn diejenigen nun seien, die die Herrschaft Aller wollten? Man möge sich in Sachsen

besser umsehen, dann werde sich zeigen, daß auch nicht drei oder zwei zu finden wären, denen die Idee einer Herrschaft Aller beigegeben sei. Rittner leugnete, daß der Austritt v. Lindenau's Ursache der Unzufriedenheit wäre (Dr. Schaffrath hatte auch nicht dies, sondern daß das Regierungssystem seitdem geändert worden, gesagt). Biesche: es gehöre Muth dazu, gegen die öffentliche Meinung zu sprechen; er habe diesen Muth; sein Glaubensbekenntniß sei: Wohl des Königs und Vaterlandes! In einigen Maßregeln freilich finde er Grund zur Klage, z. B. Jesuitenangelegenheit in Annaberg; es seien diejenigen an der Unzufriedenheit schuld, welche außer der Verfassung Rechte forderten und hauptsächlich seien die Tageschriftsteller und die Presse schuld; diese regten das Volk auf. Bröckhaus meinte: was man nicht Alles schon der Presse aufgebürdet! er schiebe die Schuld der Aufregung darauf, daß die Regierung nicht durch Concessionen das Land beruhige. Minister v. Könneritz: es sei gefährlich, durch Concessionen Unzufriedenheit zu stillen. Dr. Schaffrath: es sei nicht gefährlich, dem Volke sein Recht zu gewähren. Wenn, wie Viele behauptet, es keine Aufregung gebe, so kämpfe die Regierung mit ihren Maßregeln ja gegen ein Phantom. A. d. Winkel: er sei jetzt in Leipzig gewesen; da habe im Tageblatte eine Einladung gestanden, eine Petition zu unterschreiben, die an 5 oder 7 Orten ausliege! Auf solche Weise werde also das Volk verführt und aufgeregt. Poppe: diese Petition habe in nur 2 Tagen 1800 Unterschriften und zum Theil von den angesehensten, ruhigsten, gebildetsten Bewohnern gefunden, ja in der ganzen Stadt denke man, bis auf einige wenige Engherzige, eben so über die in der Petition gestellten Anträge, wie die Unterzeichner derselben. Mesler, der schon früher erklärte, daß er nicht zu denen gehöre, welche die Freiheit im tausenden Galopp erjagen wollten, aber doch für den Fortschritt sei, nahm die Presse gegen Biesche in Schutz,